

HH-Rede FDP-KT-Fraktion 2023 .

Sehr geehrter Herr Landrat, verehrte Mitglieder des Kreistages,

geschätzte Dezernentin, Dezernenten und Mitarbeitende der Kreisverwaltung,

hatte man gedacht, die Pandemiejahre seien vorbei und nach dem Katastrophenjahr 2021 könnte es nicht noch schlimmer kommen, mussten wir zur Kenntnis nehmen – schlimmer geht immer.

Einen Krieg in Europa wie jetzt in der Ukraine, sah man als unwahrscheinlich an, obwohl es nicht der einzige kriegerische Konflikt in Europa nach dem 2. Weltkrieg ist.

Die Auswirkungen davon spüren wir Alle - auch der Landkreis – in unterschiedlicher Ausprägung. Doch verglichen mit dem, was die Menschen im Kriegsgebiet erleben und erleiden müssen, geht es uns noch mehr als gut. Doch dies scheint Vielen nicht bewusst zu sein stattdessen nur Gejammer. In dieser Situation mit Inflation, steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten und sonstigen Einschränkungen und Belastungen den Menschen Mut zu machen, dass wir auch dies überstehen werden, wäre das Gebot der Stunde.

In meiner letztjährigen Haushaltsrede hatte ich Sie Herr Landrat mit einem Unternehmensführer verglichen. Heute will ich es mit einem Dirigenten probieren. Sie Herr Landrat dirigieren ein ziemlich großes Orchester namens Kreistag virtuos mit allen Bandbreiten von Musical über Oper bis zu Hardrock. Auch mit Dissonanzen können Sie gut umgehen – ohne gleich zum „Schlag“-Zeug zu greifen. Doch wieder können wir Ihnen nicht annähernd das Gehalt zahlen, das ein Stardirigent bekommt – verdient hätten Sie es. Dass Sie bei der Haushaltseinbringung auch gleich eine Vertragsverlängerung angeboten haben, begrüßt die FDP-Fraktion besonders. Darüber entscheiden wird der Kreistag, doch auf Grund entsprechender Äußerungen gehe ich von Zustimmung aus.

Würde ich singen können, was ich aus Rücksicht auf die Gesundheit der Anwesenden nicht tue, würde ich das Liedchen anstimmen „ das bisschen Haushalt sagt mein Mann“ – viele kennen es.

Doch das würde dem Umfang unseres diesjährigen Kreishaushalts mit einem Volumen von rund 600 Mio €, das auf 716 Seiten ausführlich dargestellt ist- nicht eingerechnet die unzähligen Vorlagen, die für die Erstellung notwendig waren, nicht annähernd gerecht werden. An dieser Stelle allen an der Erstellung des Haushalts Mitwirkenden insbesondere unserem Kämmerer Herrn Watterodt und seinem Team herzlichen Dank! Zusammen mit Ihnen Herr Landrat müssen sie diesen doch auch gegenüber dem Kreistag und der Öffentlichkeit verantworten.

Das vorliegende Zahlenwerk ist ausführlich und fachlich tiefgreifend analysiert und umfassend kommentiert worden. Deshalb erspare ich Ihnen und mir eine vermutlich

in einigen Punkten nicht zu vermeidende Wiederholung. Zu einigen Themen möchte ich trotzdem Ausführungen machen.

## **Finanzen**

*Das Beste erhoffen bzw. erwarten und auf das Schlimmste vorbereitet zu sein – so könnte die Devise lauten.*

Auch für das HH-Jahr 2023 ist es erfreulicherweise wieder gelungen, den Kreisumlagehebesatz bei 27.5 Prozentpunkten zu belassen, was zu einem Volumen von 197 Mio € führt. Dieser Hebesatz galt auch schon mal im Jahr 2014. Dies ist auf Grund einer entsprechenden Steuerkraftsumme noch möglich, da massive Einbrüche bisher nicht eingetreten sind. Selbst die ursprünglich etwas düstere Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung scheint nach den neuesten Zahlen bisher so nicht eingetreten zu sein und man erwartet einen Anstieg der Steuereinnahmen. Es ist absolut richtig, diese nicht jetzt schon zu verplanen – ohne die Auswirkungen zu kennen – sondern sie wie vorgeschlagen für Investitionen und zur Stabilisierung der Kreisumlage in den Folgejahren vorzusehen, damit eine evtl. notwendige Erhöhung nicht zu drastisch ausfallen muss.

Obwohl der Kreistag bei der Festsetzung der Höhe relativ frei entscheiden kann, gilt es, dies mit Augenmaß und zukunftsgerichtet vorzunehmen. Die FDP-Fraktion sieht die vorgeschlagene Höhe der Kreisumlage mit 27,5 Prozentpunkten als angemessen an, werden damit die Bedürfnisse des Landkreises als auch die Belange der Städte und Gemeinden angemessen berücksichtigt, womit auch dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes Rechnung getragen wird.

## **Verschuldung**

Die Kreditaufnahme für Investitionen in Höhe von 55 Mio € führt durch Tilgung von 9,8 Mio € zu einer vorgesehene Nettoneuverschuldung in Höhe von ca. 45 Mio. € und zu einer Gesamtverschuldung von ca. 123 Mio. €, teilweise bedingt durch die Aufnahme von Darlehen zur Zinssicherung.

Die **Investitionen** sind mit ca. 73 Mio. € veranschlagt und steigern sich im Laufe der Jahre auf kalkulierte 191 Mio. – Hier schlagen insbesondere die Maßnahmen Verwaltungsgebäude, Schulen und Straßenmeistereien und die ÖPNV-Infrastruktur zu Buche.

## **Verwaltungsgebäude**

Beim Verwaltungsgebäude reden wir nicht über eine Gartenhütte, die man abreißen kann, wenn sie einem nicht mehr gefällt sondern über ein Verwaltungsgebäude mit einer Lebensdauer von über 50 Jahren. Wer von uns weiß heute schon, welche Anforderungen in diesem Zeitraum an ein Verwaltungsgebäude gestellt werden, wie es genutzt werden wird und wie sich die Büro- und Verwaltungswelt verändern wird. Deshalb ist es gut und richtig, das Vorhaben bereits im Vorfeld bzw. in der

Entwicklungsphase kritisch zu beleuchten und alle möglichen Aspekte in die Betrachtung einzubeziehen, um sich später keine Versäumnisse vorwerfen zu müssen. Wir reden heute über eine ganz andere Investitionssumme als zu Beginn der Überlegungen, wir reden aber auch über ein ganz anderes Gebäude als zu Beginn, insbesondere was die Ausmaße, die Konstruktion, die Gebäudetechnik, die Energie- und Klimaschutzmaßnahmen und die Rahmenbedingungen wie Finanzierungs- und Baukosten betrifft. Deshalb bitte bei einem Vergleich auch alle Gegebenheiten berücksichtigen. Dies wird wohl die größte Investition der nächsten Jahre werden. Wir waren uns aber immer einig, dass Karlsruhe der Standort bleibt.

## **Kliniken**

Erstmals in der längeren Geschichte unserer Kliniken ist erfreulicherweise im Haushalt 2023 kein Zuschuss zum Kapitaldienst mehr eingeplant, da nicht erforderlich. Dass dies möglich ist, liegt an dem damaligen Beschluss des Kreistages, die Kliniken als KLK zu organisieren und unter das Dach der RKH zu stellen. Somit war es möglich, die Kliniken in öffentlicher Hand zu halten und damit dringend notwendige Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Landkreis zu treffen und wirtschaftliche Notwendigkeiten dabei nicht außer Acht zu lassen. Es ist nicht nur begrüßenswert sondern notwendig, dass der Bundesgesundheitsminister nun eine Abkehr von den bisherigen Finanzierungsinstrumenten der Kliniken – sprich Fallpauschalen und anderes- ins Gespräch gebracht hat und anpacken will. Ebenso halten wir die diskutierte Kategorisierung der Kliniken in 3 Leistungsklassen für angezeigt, insbesondere da auch kleinere Häuser ihre Daseinsberechtigung zur Erstversorgung von Patienten haben und als Anlaufstelle in der hausarztfreien Zeit von Freitag 12.00 Uhr bis Montag 8.00 Uhr eine wichtige Versorgungslücke abdecken. Allerdings sollte in diesem Zusammenhang die komplette Organisationstruktur vom Hausarzt über die Notfallversorgung und den Rettungsdienst bis hin zur Klinik der Maximalversorgung durchleuchtet werden, um Defizite zu identifizieren und Missstände beheben zu können. Dazu gehört auch eine gesicherte Versorgung gerade auch mit lebenswichtigen Medikamenten. Ansonsten wird es wieder nur Stückwerk werden.

Um die Versorgung der Bevölkerung im Landkreis weiter zu verbessern, bitten wir zu prüfen, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen auch in Bretten die Einrichtung eines MVZ analog Bruchsal machbar wäre.

## **Bürokratie und Verwaltung**

In Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts 2023 haben Sie Herr Landrat berechtigterweise den Zustand / die Situation und die kommenden Herausforderungen mit deutlichen Worten kritisiert. Ihre Ausführungen teilen wir uneingeschränkt, insbesondere was den Stillstand in gewissen Bereichen, immer neue Vorschriften, die ausufernde Bürokratie, die man durchaus als Vorschriften-Hurricane bezeichnen kann, das Berichtsunwesen mit immer neuen und zum Teil

sinnfreien Datenerhebungen – um nicht zu sagen – Datensammelwut, fehlende und nicht auskömmliche Finanzierung immer neuer Rechtsansprüche und Vorgaben betrifft – um nur einige zu nennen. Wenn die Politik die Anzahl der geschaffenen Gesetze als Nachweis ihrer Handlungsfähigkeit darstellt, dann ist dies eine Erklärung für die viele Bürokratie. Hinzu kommt noch das Tempo, mit dem Vorschriften produziert werden. Immer schneller immer mehr Vorgaben zu machen, ohne deren tatsächliche Umsetzungsfähigkeit sowohl rechtlich, wirtschaftlich, technisch und personell zu berücksichtigen, ist nicht im Interesse des Ziels, das man damit erreichen will und birgt die Gefahr einer nicht sachbezogenen Umsetzung. Die Politik identifiziert zwar die Probleme meistens richtig, macht aber zu deren Lösung nicht immer die passenden Vorschläge. Vielleicht sollten die Abgeordneten öfters raus gehen zu den Menschen an der Basis, um deren Sorgen und Nöte kennenzulernen. Berlin bzw. Stuttgart sind glücklicherweise nicht überall und dienen auch nicht immer als passender Maßstab für den Rest der Republik bzw. das Land und als nachahmenswert.

Bei jedem Haushalt machen sich Verwaltung und Kreistag Gedanken darüber, wie wir einen einigermaßen soliden Haushalt hinbekommen. Wir diskutieren selbst über kleinere Beträge. Dann kommen aber aus Berlin und aus Stuttgart Vorgaben, die unseren Haushalt in Millionenhöhe belasten, ohne dass wir auch nur den geringsten Einfluss darauf hätten oder gar dazu gefragt werden würden.

Mit einer Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene könnten Probleme schneller erfasst und Aufgaben zielgerichteter erfüllt werden – wie Beispiele Kliniken, Schulen, Flüchtlingsmanagement und Impfzentren gezeigt haben. Die Situation, dass die Kliniken unseren Haushalt nicht mehr belasten wir aber für die Menschen im Landkreis eine gute Lösung geschaffen haben und auch die Rahmenbedingungen für unsere Kreisschulen, die permanent verbessert werden – Neubau, Sanierung, Ausstattung mit moderner Medientechnik und Tablets für Schüler und Lehrkräfte belegen dies. Wäre dies auch in anderen Bereichen der Fall, wir hätten weniger überflüssige Bürokratie und deutlich bessere Lösungen, da die kommunale Ebene viel näher bei den Menschen ist und auch die Verhältnisse vor Ort eben besser kennt.

Grundlegende Voraussetzung für eine solche Aufgabenübertragung ist jedoch eine auskömmliche Finanzierung und zwar zu 100 %, - z.B. auch durch weitere Einnahmequellen für die Kommunen - damit alle damit verbundenen Kosten einschließlich der Personalaufwendungen gedeckt sind. Um Missverständnissen vorzubeugen - damit ist aber nicht die Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes gemeint – sondern z.B. die Finanzzuweisungen derer, die für diese Aufgaben originär zuständig sind.

Es muss dringend eine zeitnahe Umkehr hin zu weniger Vorschriften, Berichten, Erhebungen etc. geben – will man den Kollaps von Verwaltung und Wirtschaft vermeiden. Der zu diesem Zweck als unabhängiges Beratergremium der Landesregierung eingerichtete Normenkontrollrat hat Vorschläge zu E-Government

und zur Vereinfachung von Verwaltungsverfahren gemacht. Dass der Ministerpräsident nun dieses Gremium gewissermaßen kaltgestellt hat, spricht für sich.

Vielleicht sollten um dieses Ziel zu erreichen auch mal alle kommunalpolitisch Verantwortlichen „zivilen Ungehorsam“ üben, was in anderen Bereichen ja als legitimes Mittel angesehen und anscheinend gesellschaftlich auch akzeptiert wird.

Immer wieder steht die Verwaltung auch wegen zu langer Genehmigungsverfahren in der Kritik. Diese richtet sich aber an die Falschen. Grund dafür ist u.a. die Regelungswut des Gesetzgebers, der Rechtssicherheit bis ins Detail für jeden Einzelfall schaffen will. Dies ist aber nicht Aufgabe eines Gesetzes. Ein weiterer Grund für die langen Verfahren sind auch die Klage- und Einspruchsmöglichkeiten, die ständig ausgeweitet worden sind.

## **Personal**

In diesem Zusammenhang ist auch die Personalentwicklung bzw. der steigende Personalbedarf zu sehen.

Mehr Aufgaben bedeuten auch mehr Personal, werden doch die Abläufe immer komplizierter, die Ansprüche immer größer und die Forderungen nach Rechtssicherheit immer umfangreicher. Herr Landrat Sie haben es bei der Haushaltseinbringung ja anhand von Beispielen sehr eindringlich geschildert.

Es ist keine neue Erkenntnis, dass die Gewinnung von Personal nun auch für die öffentliche Verwaltung eine enorme Herausforderung darstellt, die allein z.B. mit einer besseren Bezahlung nicht zu bewältigen sein wird. Dazu gehören ebenso die sog. weichen Faktoren wie ein familiengerechtes Umfeld, angepasste Arbeitszeiten, auch Fahrkostenzuschüsse, Bereitstellung von Parkplätzen und Fahrrädern und ganz sicher auch ein bewältigbarer Arbeitsumfang, um Überlastungen am Arbeitsplatz zu vermeiden, was –wie wir auch aus anderen Bereichen wissen- zu einem höheren Krankenstand führen kann. Hier kommt auch dem Kreistag aus Fürsorgegründen eine gewisse Verantwortung zu, für das benötigte Personal die notwendigen Stellen im Haushalt zu schaffen. Die FDP-Fraktion wird deshalb den 78,38 Personalstellen zustimmen, damit die Landkreisverwaltung die ihr auferlegten Aufgaben erfüllen kann. Mit dem HH-Plan entscheiden wir darüber, wie gut oder auch nicht diese Finanz- und Personalausstattung wird .

## **Digitalisierung**

Die Bürgerinnen und Bürger wurden in der letzten Zeit geradezu mit Erhebungen überzogen und belastet, um Daten zu generieren, die bei einer Digitalisierung, die diese Bezeichnung auch verdient, von den Stellen hätten geliefert werden können, bei denen diese bereits vorhanden sind. Zensus, Microzensus, Grundsteuererhebung lassen grüßen.

Ständig wird gefordert, dass Verwaltungsdienstleistungen digital angeboten werden. Nun will man per Gesetz dies erreichen, hat aber von den ursprünglichen Vorgaben, wie viele Produkte zu digitalisieren sind, bereits wieder Abstand genommen.

Grundvoraussetzung ist aber ein leistungsfähiges Netz und aufeinander abgestimmte Verfahren. Bereits vor 40 Jahren hat der damalige Bundeskanzler das Glasfaser ins Gespräch gebracht und wo stehen wir heute 40 Jahre später? Auch hier hat der Landkreis mit der BLK wieder eine Vorreiterrolle übernommen, was u.a. dazu geführt hat, dass in die Versorgung mit einem guten Netz Bewegung gekommen ist und Fördergelder in Höhe von 37 Mio gesichert werden konnten. Konkurrenz belebt ja bekanntlich das Geschäft.

Was bei den Diskussionen um die Digitalisierung nicht erwähnt wird, ist der enorme Energiebedarf und die Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima.

### **Klima und Energie**

Zunächst herzlichen Glückwunsch zur dritten Gold-Zertifizierung European Energy Award! Auch dies kommt nicht von ungefähr hat der Landkreis doch schon sehr früh mit der Gründung der Energieagentur den richtigen Weg eingeschlagen. Mit dem nun gegründeten Klimaschutzverein, in dem die Städte und Gemeinden Mitglied sind, steht diesen eine neutrale Beratungsstelle zur Verfügung. Um die Energieprobleme bzw. den enormen Energiebedarf der Zukunft zu decken, bedarf es einer technologieoffenen und ideologiefreien Strategie. Die Fixierung auf wenige oder nur eine Energieform wird das Problem nicht lösen. Insofern sind die Überlegungen und Planungen zur Nutzung von anfallender oder regenerativ erzeugter Wärme durch Einspeisung in ein Nahwärmenetz ein weiterer Baustein.

### **Soziales**

Dass die Einnahmen aus der Kreisumlage in Höhe von rund 197 Mio. € nicht ausreichen, um allein die Sozialausgaben im Umfang von brutto ca. 292 Mio. € zu finanzieren, was einem Anteil am Gesamthaushalt von 48,8 % entspricht, stimmt bedenklich, da bereits mit weiteren Gesetzen Rechtsansprüche geschaffen worden sind, die erfüllt werden müssen.

Mit einer Steigerung von 10% nimmt der Sozialhaushalt im diesjährigen Haushalt wieder Platz 1 der Ausgaben ein und erreicht inzwischen beinahe den Stand früherer Gesamthaushalte. Ein Ende ist nicht abzusehen, da die finanziellen Auswirkungen jetzt schon wieder geschaffener Rechtsansprüche nicht abzusehen sind. Nun muss man kein Prophet sein, um zu ahnen, dass ein Großteil der Kosten wieder beim Landkreis und auch bei den Kommunen hängen bleiben wird.

Wir bewegen uns mit rasanter Geschwindigkeit hin zum „Betreuten Leben“ und das in allen Lebensbereichen – wie es ein hochrangiger Vertreter der kommunalen Seite mal beschrieben hat. Dass in sozialen Belangen Hilfe geleistet werden muss, steht außer Frage. Nur muss geklärt sein, in welchem Umfang und wer die Kosten trägt.

Nach dem Konnexitätsprinzip derjenige, der die Förderung beschließt und das bei jeder Aufgabenübertragung gilt, aber permanent nicht eingehalten wird.

### **Schule und Bildung**

Dem Landkreis sind seine Schulen lieb und teuer. Der Landkreis investiert jährlich hohe Summen in das Schulwesen insgesamt. Neubau und Instandhaltung der Schulgebäude. Optimierung der technischen Infrastruktur z.B. durch interaktive Tafelsysteme und der Ausstattung der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten. Doch das allein reicht nicht, es gehören auch ausreichend Lehrerinnen und Lehrer dazu.

Diese Investitionen sind dringend notwendig und gut angelegtes Geld. Gerade der immer gravierender um nicht zu sagen bedrohlicher werdende Fachkräftemangel macht deutlich, wie wichtig Investitionen in die Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen sind, leisten doch gerade das Handwerk und der Mittelstand einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung unseres Wohlstandes. Auch die Energiewende wird ohne qualifizierte Fachkräfte nicht gelingen. Deshalb befürworten wir die Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel sowohl für die baulichen Maßnahmen an den Schulstandorten als auch deren sachliche Ausstattung, um die begonnenen Maßnahmen kontinuierlich fortsetzen zu können.

Auch in der Politik macht sich inzwischen der Fachkräftemangel deutlich bemerkbar, werden doch wichtige Ämter mit nicht geeigneten da dafür nicht ausgebildeten Personen besetzt. Doch im Gegensatz zu Verwaltung, Wirtschaft und Industrie können da die freien Stellen schnell und problemlos wieder besetzt werden.

Wenn in mehreren Studien nachgewiesen wird, welche enormen Bildungsdefizite ein nicht unerheblicher Teil der Schulabgänger hat, dann sollten die für die Bildung Verantwortlichen sich mal fragen, was schief läuft und endlich die richtigen und notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung anpacken – und nicht nur darüber philosophieren oder mit Ausreden darauf reagieren. Ob es nun ins ideologische Bild passt oder nicht - lesen, schreiben und rechnen gehören nun mal zum Leben verbunden mit eigenem Denken und einem eigenen Urteilsvermögen, will man nicht von Facebook, twitter, tiktok und den sonstigen unsozialen Medien abhängig sein – dies sind keine verlässlichen Informationsquellen und keine guten Ratgeber für die Fragen des Lebens.

### **ÖPNV**

Der ÖPNV soll weiter ausgebaut und für die Bürgerinnen und Bürger attraktiver werden. Dazu gab es das 9 €- Ticket, jetzt kommt das 49 € Ticket und das 365 € Ticket – man muss aufpassen, dass hier nicht Parallelstrukturen entstehen, die doppelt und dreifach finanziert werden müssen. Auf Grund der im Raum stehenden Erhöhungswünsche wäre es durchaus interessant, mal zu erfahren, wie sich denn die viel kritisierte Umstellung der Fahrscheine ausgewirkt hat. Wird den ÖPNV-Nutzern in diesem Zusammenhang dargelegt, dass die Subventionen, die diese

Tickets möglich machen, evtl. für Investitionen fehlen, die für den Erhalt und den Ausbau des ÖPNV notwendig sind?

Vielleicht ist es ja möglich, mit einem vertretbaren Aufwand mal einen Sachstandsbericht bzw. eine Übersicht über den ÖPNV insgesamt mit allen Varianten, den Investitionen, dem Finanzbedarf und allen an der Finanzierung mit welchen Beträgen Beteiligten zu erstellen, um hier eine größere Transparenz und evtl. auch größere Akzeptanz zu erreichen. Immerhin beträgt das Betriebskostendefizit runde 53 Mio. Die signifikanten Zuschüsse reichen somit nicht aus, es bleibt immer noch ein Defizit! Den Ausbau des ÖPNV befürworten wir weiterhin, allerdings ist auch die Wirtschaftlichkeit zu beachten.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass zu den TOP 6, 7,8,9,10 und 19 jeweils eine Fraktion für die Fraktionen spricht, weshalb ich zu einzelnen TOP nur ein paar Sätze ausführen möchte. TOP 19 hat man der FDP zugedacht. Deshalb binde ich die Stellungnahme gleich mit ein, was Zeit spart.

### **Neufassung Entschädigungssatzung**

Dass ich als Feuerwehrmann zu diesem TOP einige Ausführungen mache, wundert sicher nicht. Die vorgeschlagenen Erhöhungen für die Funktionen stellv. KBM und Unterkreisführer halten wir für mehr als gerechtfertigt, da sich sowohl die Aufgaben als auch die Verantwortung und leider auch die Rahmenbedingungen der für den Landkreis ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen in der zurückliegenden Zeit verändert haben. Wir bringen damit gegenüber den Ehrenamtlichen unseren besonderen Dank, unsere Wertschätzung und unseren Respekt zum Ausdruck. Gestatten Sie mir bitte auch noch einige Sätze zu den Ereignissen in der Silvesternacht in Berlin- es sei auch an Köln und Stuttgart erinnert. Angriffe auf Rettungskräfte sind ein absolutes no go! Dies war auch keine aus dem Ruder gelaufene Party – wie es von gewissen politischen Verharmlosern wieder dargestellt wird- sondern ein eindeutiger Angriff auf unsere Gesellschaft, unsere Demokratie und letztendlich unseren Staat, repräsentieren doch gerade die Einsatzkräfte diesen Staat, den es zu bekämpfen gilt. Die Reaktionen darauf – Böllerverbot, Verschärfung Waffenrecht und ein höheres Strafmaß – sind m.E. hilf- und wirkungslos, oder glaubt jemand im Ernst, dass diese Straftäter sich davon beeindrucken lassen. Schon gar nicht, wenn die Verurteilung –sofern es überhaupt dazu kommt - erst Monate später erfolgt und auf Bewährung lautet. Unsere Einsatzkräfte dürfen von uns erwarten, dass sie geschützt werden. Ansonsten könnte auch hier der Fall eintreten, dass niemand mehr diese Berufe ausüben will. Und stellen Sie sich mal vor, Sie persönlich haben ein gesundheitliches oder Sicherheitsproblem und keiner kommt. Stellen Sie sich weiter vor, bei den Einsatzkräften wäre ihr Mann, ihre Frau oder ihr Sohn oder ihre Tochter. Wie würde dann die Bewertung dieser Ereignisse ausfallen?

## **Wirtschaftsplan Abfallwirtschaftsbetrieb und Gesellschaft für Biomüll und Recycling BRLK**

Ab diesem Jahr soll ja die kostenlose Bereitstellung der Sammeltüten wegfallen. Wir hoffen, dass sich dadurch wie auch durch die Gebührenerhöhung, das bisher anscheinend recht zufriedenstellend laufende Einsammeln des Biomülls nicht dahingehend ändert, dass die Kunden aus welchen Gründen auch immer ihr Verhalten ändern und evtl. dann für die Entsorgung des Bioabfalls – den man besser als Biorohstoff bezeichnen sollte - doch wieder eine andere als die Biotonne nutzen, was kontraproduktiv wäre. Dies wird aber sicher bei der ohnehin vorgesehenen Evaluierung ins Auge gefasst werden.

### **Jugendeinrichtung Schloss Stutensee**

Wir freuen uns mit den künftigen Nutzern über das neue Heinrich-Wetzlar-Haus, das nach dem noch anstehenden Feintuning noch ansprechender sein wird.

### **Bequa**

Damit die Bequa weiterhin ihre Aufgabe und ihren Zweck erfüllen und das Angebot aufrecht erhalten oder auch ausweiten kann, sollten wir dieser Einrichtung uneingeschränkt die dafür notwendige Unterstützung zukommen lassen.

### **Beteiligungen:** hier Regionalflughafen

Erfreulich ist, dass nach den letzten Jahren nun die Geschäftsaktivitäten und der Flugverkehr wieder zunehmen und zu einer besseren Auslastung führen.

### **Abschließend:**

Die FDP-Fraktion stimmt den Beschlussvorschlägen auch auf Grund der oft einstimmigen Beschlussempfehlungen aus den Vorberatungen für die Tagesordnungspunkte 4-6 zu. Dies gilt besonders für den TOP 4 und die dazu eingegangenen Anträge in der jeweils vorgeschlagenen Höhe.

Wir sehen aber auch das gesamte Gremium Kreistag in der Pflicht, keinen Überbietungswettbewerb zu starten, was man denn noch für eine Idee haben könnte, da man in den Haushalt einbringen könnte. Jeder, der einen Antrag stellt, der Kosten auslöst, sollte auch einen Finanzierungsvorschlag dazu machen. Es reicht, wenn andere uns ständig neue Aufgaben auferlegen ohne diese auskömmlich zu finanzieren.

Abschließend danke ich im Namen der Fraktion Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat und ihrer Dezernentin und ihren Dezernenten für die sehr umsichtige und zielgerichtete Führung des Landkreises.

Ebenso geht unser Dank an alle Beschäftigten des Landkreises für ihr Engagement zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises und die auch im

abgelaufenen Jahr wieder unter erschwerten Rahmenbedingungen geleistete Arbeit –wo immer sie diese erbracht haben.

Dank Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags für das kollegiale Miteinander- trotz in der Sache unterschiedlichen politischen und fachlichen Auffassungen.

Wieder mit einem Sprichwort möchte ich meine Ausführungen beenden

*Hast Du ein Problem, versuche es zu lösen. Kannst Du es nicht lösen, mach kein Problem daraus.*

Wer Probleme lösen will, muss auch Widerstand aushalten.

Lassen Sie uns alle gemeinsam die Probleme lösen damit wir die auch künftig zu erwartenden Herausforderungen- welcher Art sie auch sein mögen- bewältigen können und möglichst immer die richtigen Entscheidungen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger unseres schönen und liebenswerten Landkreise Karlsruhe treffen!

Vielen Dank, dass Sie auch einem Fraktionsvorsitzenden einer kleinen Partei ihre geschätzte Aufmerksamkeit haben zuteilwerden lassen.

Möge es ein in jeder Hinsicht gutes und hoffentlich von Frieden geprägtes Jahr 2023 werden!

Frau Frenzel wünschen wir im Kreistagsruhestand alles Gute, viel Gesundheit und bedanken uns für die angenehme und oft „versüßte“ Zusammenarbeit.

In diesem Sinne auf ein gutes Jahr 2023

Es gilt das gesprochene Wort!

26.01.2023

Willy Nees

FDP-Fraktion

Kreistag Landkreis Karlsruhe